



# Düsseldorfer Amtsblatt

Die nachfolgende Satzung ist am 22. Februar 2025 auch durch Bereitstellung auf der städtischen Internetseite unter <https://www.duesseldorf.de/bekanntmachungen.html#c177340> öffentlich bekannt gemacht worden. Sie wird hier gem. § 9 der Hauptsatzung bekannt gemacht.

## **Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in Tagespflege und im Rahmen der Offenen Ganztageschule im Primarbereich**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), des § 90 Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBl. I S. 2022), des § 51 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) in der Fassung vom 03.12.2019 (GV. NRW. S. 894, ber. 2020 S. 77/SGV. NRW. 216) sowie des § 9 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) vom 15.02.2005 (GV. NRW. S. 102/SGV. NRW. 223) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung gültigen Fassung – hat der Rat der Stadt Düsseldorf in seiner Sitzung am 06.02.2025 folgende Satzung beschlossen:

### **I. Abschnitt**

#### **Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen**

##### **§ 1 Allgemeines**

- (1) Die Stadt Düsseldorf erhebt für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen i.S.d. §§ 22 Abs. 1 S. 1, 24 SGB VIII der Stadt Düsseldorf und der von ihr geförderten freien Träger der Jugendhilfe einen öffentlich-rechtlichen Beitrag, soweit sich nach § 49 KiBiz keine abweichende Zuständigkeit ergibt.
- (2) Für die Betreuung von Kindern in einer Kindertageseinrichtung außerhalb des Gebietes der Stadt Düsseldorf erhebt die Stadt Düsseldorf Elternbeiträge nach Maßgabe dieser Satzung, soweit die Zuständigkeit nach § 49 i.V.m. § 51 KiBiz gegeben ist.

##### **§ 2 Beitragszeitraum**

- (1) Beitragszeitraum ist das jeweilige Kindergartenjahr; das Kindergartenjahr entspricht dem Schuljahr (01. August bis 31. Juli). Abweichend davon beginnt die Beitragspflicht stets (rückwirkend) zum 01. des Monats, in dem der Beginn der Betreuung vertraglich festgelegt wurde. Sie endet grundsätzlich mit Ablauf des Kindergartenjahres, zu dessen Ende das Kind die Einrichtung verlässt (z.B. aufgrund des Endes der Betreuungszeit oder einer Kündigung). Die Beitragspflicht endet, wenn dem Kind kein Betreuungsplatz mehr zur Verfügung gestellt wird.
- (2) Die Beitragspflicht gilt auch in Ferienzeiten und auch, wenn das Kind nicht an allen Tagen des Monats betreut wird; insbesondere wird die Beitragspflicht durch Eingewöhnungs- oder Schließungszeiten der Einrichtung nicht berührt. Bei vorübergehenden Unterbrechungen oder Einschränkungen der Betreuung, insbesondere durch Betriebsstörungen, Streik oder Naturereignisse, besteht kein Anspruch auf Beitragsminderung. Das Gleiche gilt, wenn das Kind aus persönlichen Gründen (z.B. Urlaub, Krankheit oder private Termine) vorübergehend nicht an der Betreuung teilnimmt.

##### **§ 3 Beitragspflichtige**

- (1) Beitragspflichtig sind die Eltern (Eltern im leiblichen Sinne und Adoptiveltern) und diesen rechtlich gleichgestellten Personen (Vormünder) mit denen das Kind zusammenlebt. Lebt das Kind nur mit einem Elternteil oder einer rechtlich gleichgestell-

ten Person zusammen, so tritt dieser bzw. diese an die Stelle der Eltern bzw. der rechtlich gleichgestellten Personen.

- (2) Ein Zusammenleben des Kindes mit den Eltern ist auch dann gegeben, wenn das Kind in etwa zu gleichen Teilen einmal mit dem einen und einmal mit dem anderen Elternteil zusammenlebt; dies ist insbesondere gegeben, wenn das Kind in der Regel in derselben Wohnung lebt und sich die Elternteile die Betreuung ihres Kindes dort teilen, oder wenn das Kind in regelmäßigen Abständen zwischen den elterlichen Wohnungen wechselt (sogenanntes echtes Wechselmodell). In diesem Fall sind ebenfalls beide Eltern Beitragspflichtig.
- (3) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (4) Lebt das Kind bei keiner der vorgenannten Personen (z.B. in Heimpflege), ist kein Elternbeitrag zu zahlen.

##### **§ 4 Beitragshöhe, Verpflegungsentgelt**

- (1) Der Elternbeitrag für Kinder in einer Betreuungseinrichtung nach dieser Satzung wird in monatlichen Raten als öffentlich-rechtlicher Jahresbeitrag erhoben.
- (2) Der Elternbeitrag richtet sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Beitragspflichtigen, nach dem Alter des Kindes sowie dem Betreuungsumfang. Unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme wird der maßgebliche Elternbeitrag für den Betreuungsumfang erhoben, für den das Kind angemeldet ist. Lebt die Beitragspflichtige

tige Person in einem Haushalt mit ihrer Ehegattin beziehungsweise ihrem Ehegatten oder ihrer Partnerin beziehungsweise ihrem Partner in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft und ist diese beziehungsweise dieser nicht zugleich Elternteil des Kindes oder rechtlich gleichgestellt, gehören auch das Einkommen der Ehegattin beziehungsweise des Ehegatten oder der Partnerin beziehungsweise des Partners zum beitragsrelevanten Einkommen. Lebt das Kind allerdings in einem Wechselmodell im Sinne des § 3 Abs. 2 mit seinen Elternteilen zusammen, bleibt das Einkommen von Ehegatten bzw. eingetragenen Lebenspartnern der Elternteile unberücksichtigt. Beitragspflichtige nach § 3 dieser Satzung und Ehegatten/eingetragene Lebenspartner, deren Einkommen nach den beiden vorgenannten Sätzen zu berücksichtigen ist, werden im Folgenden zusammenfassend als „einkommenseinsatzpflichtige Personen“ bezeichnet. Die Höhe der Elternbeiträge ergibt sich aus der Anlage zu dieser Satzung.

- (3) Der Träger der Kindertageseinrichtung kann gem. § 51 Abs. 3 KiBiz zusätzlich ein Entgelt für das Mittagessen verlangen. Das Verpflegungsentgelt ist unabhängig vom Einkommen zu zahlen.

## § 5 Einkommen

- (1) Einkommen im Sinne dieser Satzung ist die Summe der positiven Einkünfte der einkommenseinsatzpflichtigen Personen im Sinne des § 2 Abs. 1 und Abs. 2 des Einkommenssteuergesetzes (EStG) in der jeweils geltenden Fassung und vergleichbarer Einkünfte, die im Ausland erzielt werden. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten/eingetragene Lebenspartner ist nicht zulässig.
- (2) Dem Einkommen gem. Abs. 1 sind steuerfreie Einkünfte (z.B. Einmalzahlungen, Zulagen für Mehrarbeit bzw. Schichtarbeit, Sonderzahlungen etc.), Unterhaltsleistungen, Lohnersatzleistungen wie z.B. Elterngeld oder Arbeitslosengeld sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die einkommenseinsatzpflichtigen Personen sowie das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen. Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) und entsprechenden Vorschriften sowie der Kinderzuschlag (vgl. § 6a BKGG) sind zum Einkommen nicht hinzuzurechnen. Das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) bleibt bis zu den in § 10 BEEG genannten Beträgen als Einkommen unberücksichtigt. Bei Mehrlingsgeburten vervielfachen sich die in § 10 Abs. 1-3 BEEG genannten Beträge mit der Zahl der geborenen Kinder.
- (3) Vorschriften des EStG über Freibeträge, Freigrenzen und Steuerbefreiungen sind für den Einkommensbegriff nach dieser Satzung nicht von Bedeutung und mindern das Einkommen ebenso wenig wie finanzielle

Belastungen, insbesondere Sozialversicherungsbeiträge und Sonderausgaben, Vorsorgeaufwendungen, gesetzliche oder vertragliche Unterhaltsleistungen. Ausgenommen hiervon sind Sonderausgaben in Form von Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG in der jeweils gültigen Fassung. Diese werden entsprechend der Regelung in § 2 Abs. 5a S. 2 EStG in der vom Finanzamt anerkannten Höhe vom Einkommen abgezogen.

- (4) Bezieht eine einkommenseinsatzpflichtige Person Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Ausübung eines Mandats und steht ihr aufgrund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist sie in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 v.H. der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen.
- (5) Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Abs. 6 EStG zu gewährenden Freibeträge von dem nach Abs. 1- 4 ermittelten Einkommen abzuziehen.

## § 6 Beitragermäßigung

- (1) Wird mehr als ein Kind einer Familie oder von Personen, die nach § 3 dieser Satzung an die Stelle der Eltern treten, gleichzeitig in einer Tageseinrichtung für Kinder im Gebiet der Stadt Düsseldorf, von einer Tagespflegeperson oder in einer offenen Ganztagschule im Gebiet der Stadt Düsseldorf betreut und werden für die Betreuungen Elternbeiträge durch die Stadt Düsseldorf erhoben, so entfallen die Beiträge für das zweite und jedes weitere Kind. Ergeben sich ohne Beitragsbefreiung nach S. 1 unterschiedlich hohe Beiträge für die betreuten Kinder, so ist der Elternbeitrag für das Kind zu zahlen, für das sich nach dem Einkommen und der Betreuungsart der höchste Betrag nach der Anlage zu dieser Satzung ergibt. Die Regelung der Geschwisterermäßigung gilt nur für öffentlich geförderte Betreuungsangebote.
- (2) Die Geschwisterermäßigung nach Abs. 1 gilt auch dann, wenn die Kinder der beitragspflichtigen Personen in unterschiedlichen Jugendamtsbezirken betreut werden, die Stadt Düsseldorf aufgrund der Regelung des § 49 Abs. 1 Satz 2 KiBiz NRW jedoch auch für die Beitragserhebung in Bezug auf das auswärtig betreute Kind bzw. die auswärtig betreuten Kinder zuständig ist.
- (3) Lebt die beitragspflichtige Person in einem Haushalt mit einer anderen Person gemäß § 4 Abs. 2 Satz 3 dieser Satzung und wird für mehr als ein Kind einer dieser beiden Personen und/oder beider Personen ein Elternbeitrag erhoben, gelten die vorstehenden Beitragsbefreiungen entsprechend.

- (4) Auf Antrag werden die Elternbeiträge vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ganz oder teilweise erlassen, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist (§ 90 Abs. 4 SGB VIII). Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Sozialgesetzbuch II und XII (Bürgergeld, Sozialgeld, Sozialhilfe), Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Kinderzuschlag nach dem BKKG oder Eltern, denen gegenüber im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes eine Kostenübernahme in Bezug auf das Verpflegungsentgelt erklärt wurde, sind nach Vorlage der entsprechenden Nachweise von der Zahlung des Elternbeitrags befreit. Bei Vorlage eines gültigen Düsseldorfpasses wird eine Beitragsbefreiung ab Beginn des Monats der Vorlage und zukünftig bis Ende der Gültigkeitsdauer gewährt. Sobald der Beitragspflichtige die Anspruchsgrundlagen für die in S. 2 und 3 benannten Voraussetzungen, unabhängig von der jeweiligen Gültigkeitsdauer, nicht mehr erfüllt, erfolgt die Beitragsfestsetzung nach dem dann gültigen Einkommen.
- (5) Gemäß § 50 Abs. 1 KiBiz ist die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch Kinder, die bis zum 30. September das vierte Lebensjahr vollendet haben werden, ab Beginn des im selben Kalenderjahr beginnenden Kindergartenjahres bis zur Einschulung beitragsfrei. Kinder, deren Tagesbetreuung nach S. 1 beitragsfrei ist, sind so zu berücksichtigen, als ob für sie ein Elternbeitrag zu leisten wäre.
- (6) Im Fall der Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII ist kein Elternbeitrag zu zahlen. Ebenfalls beitragsfrei sind Kinder, die Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII erhalten.

## § 7 Auskunfts- und Anzeigepflichten

- (1) Für die Festsetzung der Elternbeiträge teilt der Träger der Einrichtung, bei der offenen Ganztagschule die Schule und bei Kindertagespflege die Tagespflegeperson im Rahmen des Antrags auf Geldleistungen, der Stadt Düsseldorf die Namen, Anschriften, Geburtsdaten und die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder sowie die entsprechenden Angaben zu dessen bzw. deren Eltern oder Erziehungsberechtigten unverzüglich mit.
- (2) Die Beitragspflichtigen haben sich binnen vier Wochen nach Zugang der Aufforderung zur Abgabe der schriftlichen Einkommenserklärung und danach auf Verlangen dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe verbindlich zu ihrer Einkommenssituation zu erklären und alle Tatsachen, die für die Bemessung des Elternbeitrags maßgeblich sind, schriftlich mitzuteilen und die erforderlichen Nachweise, insbesondere über das maßgebliche Einkommen gem. § 5 dieser Satzung, vorzulegen. Die Beitragspflichtigen sind während des gesamten Betreuungszeitraums verpflichtet,

Veränderungen in den wirtschaftlichen oder persönlichen Verhältnissen, die für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, unverzüglich mitzuteilen. Als Obergrenze für ein unverzügliches Handeln wird durch die Rechtsprechung ein Zeitraum von zwei Wochen angesehen. Der Nachweis des Einkommens gem. § 5 dieser Satzung entfällt, wenn und solange der/die Zahlungs- bzw. Beitragspflichtige/n sich selbst durch eine schriftliche Erklärung der höchsten Einkommensstufe zuordnet bzw. zuordnen.

- (3) Kommen die Beitragspflichtigen ihren Auskunfts- und Anzeigepflichten nicht oder nicht in ausreichendem Maße nach, so wird der entsprechend der Betreuungsform höchste Elternbeitrag festgesetzt.

### § 8 Veranlagung, Fälligkeit und Zahlung des Beitrages

- (1) Maßgeblich für die Bemessung des Elternbeitrages ist das gemäß § 5 dieser Satzung tatsächliche Einkommen des Kalenderjahres, in dem der jeweilige Beitragsmonat liegt. Für die Bemessung der Beitragshöhe wird zunächst auf das Jahreseinkommen aus dem vorangegangenen Kalenderjahr abgestellt. Im Rahmen der erstmaligen Ermittlung des Jahreseinkommens oder im Rahmen einer zu aktualisierenden Berechnung aufgrund von Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen sind die prognostizierten Einkünfte für das gesamte laufende Jahr zu berücksichtigen, wenn davon auszugehen ist, dass die Einkommenssituation auf Dauer besteht. Stellt sich im Nachhinein heraus, dass das tatsächliche Jahreseinkommen im Jahr der Beitragspflicht über oder unter dem der bisherigen Festsetzung zugrundeliegenden Jahreseinkommen liegt und aufgrund dessen eine höhere oder niedrigere Einkommensgruppe maßgeblich ist, ist die Beitragsfestsetzung für das gesamte Kalenderjahr zu ändern.
- (2) Die Elternbeiträge sind nach Bekanntgabe des Festsetzungsbescheides für die Zeit ab dem vertraglichen Betreuungsbeginn fällig und monatlich im Voraus, spätestens zum 05. eines Monats, zu entrichten. Die Beiträge werden stets als volle Monatsbeiträge erhoben, unabhängig von An-/Abwesenheitszeiten des Kindes, Schließzeiten, Ferien oder anderen in § 2 Abs. 2 dieser Satzung genannten Gründen.
- (3) Bei Änderungen der persönlichen Verhältnisse (z.B. Trennung der Eltern) erfolgt eine Anpassung des Elternbeitrags im Monat nach Eintritt der Veränderung.
- (4) Mit der Anmeldung des Kindes in der Tageseinrichtung verpflichten sich die Eltern bzw. die Personen, die nach § 3 dieser Satzung an die Stelle der Eltern treten, den fälligen Beitrag durch Bankeinzugsverfahren zu entrichten. Auf begründeten Antrag kann von der Verpflichtung zur Teilnahme am Bankeinzugsverfahren verzichtet werden.

- (5) Unabhängig von den Anzeige- und Auskunftspflichten ist die Stadt Düsseldorf berechtigt, die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Beitragspflichtigen bei Bedarf, mindestens jährlich, zu überprüfen.

### § 9 Bußgeldvorschrift

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig die in § 7 Abs. 2 dieser Satzung vorgeschriebenen Mitteilungsverpflichtungen nicht erfüllt und die dort bezeichneten Angaben unrichtig oder unvollständig macht. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden. Die Verfolgung und Ahndung richtet sich nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung.

## II. Abschnitt

### Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern in Tagespflege im Sinne der §§ 22, 23 SGB VIII

#### § 10 Allgemeines

- (1) Die Stadt Düsseldorf erhebt für die Inanspruchnahme des Angebots der Förderung von Kindern in von Kindertagespflege nach §§ 22 Abs. 1 S. 2, 23 und 24 SGB VIII einen öffentlich-rechtlichen Beitrag.
- (2) Hinsichtlich der Zuständigkeiten, des Personenkreises der Beitragspflichtigen, der Ermittlung der Beitragshöhe, des beitragsrelevanten Einkommens, der Beitragsermäßigung, der Festsetzung des Elternbeitrages, der jährlichen Überprüfung und der Fälligkeit gelten die Regelungen der §§ 3 bis 9 des I. Abschnitts entsprechend.

#### § 11 Beitragszeitraum Kindertagespflege

- (1) Der Beitragszeitraum entspricht dem Bewilligungszeitraum der Geldleistung für die Kindertagespflege, er beginnt und endet mit dem Monat des vertraglichen Betreuungsanspruchs. Beginnt der vertragliche Betreuungsanspruch für die Kindertagespflege nach dem 15. eines Monats oder endet der vertragliche Betreuungsanspruch bis zum 15. eines Monats, wird der hälftige Elternbeitrag erhoben.
- (2) Die Beitragspflicht wird durch die Eingewöhnung sowie Unterbrechungen aus persönlichen Gründen, z.B. Urlaub oder Fehltag des Kindes oder der Tagespflegeperson bis maximal 4 Wochen oder andere in § 2 Abs. 2 dieser Satzung genannte Gründe, nicht berührt. Der Beitragsbescheid bleibt solange gültig, bis ein neuer Bescheid (z.B. Stundenänderung, Einkommensänderung etc.) erteilt wird oder eine Abmeldung erfolgt.

## III. Abschnitt

### Elternbeiträge im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich

#### § 12 Allgemeines

- (1) Die Stadt Düsseldorf erhebt für die Teilnahme von Kindern am Angebot der Offenen Ganztagschule i.S.d. § 9 Abs. 3 Schulgesetz NRW gem. § 51 Abs. 5 KiBiz einen öffentlich-rechtlichen Beitrag.
- (2) Hinsichtlich der Zuständigkeiten, des Personenkreises der Beitragspflichtigen, des Beitragszeitraumes (Schuljahr 01. August bis 31. Juli), der Ermittlung der Beitragshöhe, des beitragsrelevanten Einkommens, der Beitragsermäßigung, der Festsetzung des Elternbeitrages sowie der jährlichen Überprüfung und der Fälligkeit gelten die Regelungen der §§ 2 bis 9 des I. Abschnitts dieser Satzung entsprechend.

#### § 13 Ermäßigung bei vorübergehender Teilnahme

In besonders begründeten Ausnahmefällen können Kinder vorübergehend an der offenen Ganztagschule teilnehmen, ohne dass ein Beitrag erhoben wird. Die Entscheidung trifft die Schulleitung.

#### § 14 Teilnahme

Die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten der offenen Ganztagschule ist freiwillig, die Anmeldung eines Kindes zur Teilnahme daran bindet jedoch für die Dauer eines Schuljahres (01.08. bis 31.07.). Werden die Angebote aus persönlichen Gründen (z.B. Krankheit, privater Termin) nicht wahrgenommen, reduziert sich der Elternbeitrag nicht.

## IV. Abschnitt

### Abschließende Regelung

#### § 15 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.03.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in Tagespflege und im Rahmen der Offenen Ganztageschule im Primarbereich vom 09. Juli 2012 außer Kraft.

**Anlage zur Satzung – Beitragstabellen**  
**Beträge in Euro**

<b>(A) Beiträge für die Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder (mtl.)</b>				
Einkommen		Unter 3 Jahre		
EK-Stufe	EK-Grenze	25 Std.	35 Std.	über 45 Std.
Stufe 1*	bis 30.000	0,00	0,00	50,00
Stufe 2	bis 40.000	0,00	0,00	50,00
Stufe 3	bis 50.000	0,00	50,00	150,00
Stufe 4	bis 60.000	0,00	125,00	225,00
Stufe 5	bis 70.000	25,00	205,00	305,00
Stufe 6	bis 80.000	50,00	255,00	355,00
Stufe 7	über 80.000	75,00	300,00	400,00

**Die Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder (Tabelle A) und in Tagespflege (Tabelle B) ist für Kinder im Alter von 3 Jahren bis Schuleintritt in allen Einkommensstufen beitragsfrei.**

<b>(B) Beiträge für die Betreuung in Tagespflege (mtl.)</b>																								
Einkommen		Unter 3 Jahre																						
EK-Stufe	EK-Grenze	bis 25 Std.	26 Std.	27 Std.	28 Std.	29 Std.	30 Std.	31 Std.	32 Std.	33 Std.	34 Std.	35 Std.	36 Std.	37 Std.	38 Std.	39 Std.	40 Std.	41 Std.	42 Std.	43 Std.	44 Std.	45 Std.	über 45 Std.	
Stufe 1*	bis 30.000	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50,00	
Stufe 2	bis 40.000	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50,00
Stufe 3	bis 50.000	0,00	5,00	10,00	15,00	20,00	25,00	30,00	35,00	40,00	45,00	50,00	55,00	60,00	65,00	70,00	75,00	80,00	85,00	90,00	95,00	100,00	150,00	
Stufe 4	bis 60.000	0,00	12,50	25,00	37,50	50,00	62,50	75,00	87,50	100,00	112,50	125,00	130,00	135,00	140,00	145,00	150,00	155,00	160,00	165,00	170,00	175,00	225,00	
Stufe 5	bis 70.000	25,00	43,00	61,00	79,00	97,00	115,00	133,00	151,00	169,00	187,00	205,00	210,00	215,00	220,00	225,00	230,00	235,00	240,00	245,00	250,00	255,00	305,00	
Stufe 6	bis 80.000	50,00	70,50	91,00	111,50	132,00	152,50	173,00	193,50	214,00	234,50	255,00	260,00	265,00	270,00	275,00	280,00	285,00	290,00	295,00	300,00	305,00	355,00	
Stufe 7	über 80.000	75,00	97,50	120,00	142,50	165,00	187,50	210,00	232,50	255,00	277,50	300,00	305,00	310,00	315,00	320,00	325,00	330,00	335,00	340,00	345,00	350,00	400,00	

**Anlage zur Satzung – Beitragstabellen**  
**Beträge in Euro**

<b>Schulkinder in Tagespflege</b>										
EK-Stufe	EK-Grenze	bis 10 Std.	bis 15 Std.	bis 20 Std.	bis 25 Std.	bis 30 Std.	bis 35 Std.	bis 40 Std.	bis 45 Std.	über 45 Std.
Stufe 1*	bis 30.000	0	0	0	0	0	0	0	0	50
Stufe 2	bis 40.000	7	10	13	17	20	23	27	30	80
Stufe 3	bis 50.000	11	17	22	28	33	39	44	50	100
Stufe 4	bis 60.000	17	25	33	42	50	58	67	75	125
Stufe 5	bis 70.000	22	33	44	56	67	78	89	100	150
Stufe 6	bis 80.000	28	42	56	69	83	97	111	125	175
Stufe 7	über 80.000	33	50	67	83	100	117	133	150	200

<b>Schulkind-Betreuung in der OGS + Kita</b>		
EK-Stufe	EK-Grenze	
Stufe 1*	bis 30.000	0
Stufe 2	bis 40.000	30
Stufe 3	bis 50.000	50
Stufe 4	bis 60.000	75
Stufe 5	bis 70.000	100
Stufe 6	bis 80.000	125
Stufe 7	über 80.000	180

**Zusatzinformationen zur Beitragstabelle**

- \* Düsselpass-Regelung**  
 Beitragspflichtige, die im Besitz eines gültigen Düsselpasses sind, werden automatisch in die Einkommensstufe 1 eingestuft und sind somit vom Elternbeitrag befreit.
- \* Beitragsbefreiung**  
 Beitragspflichtige, die Anspruch auf eine der folgenden Leistungen haben, werden automatisch in die Einkommensstufe 1 eingestuft und sind somit vom Elternbeitrag befreit:  
 Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), Arbeitslosengeld II (SGB II), Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII, Kapitel 3), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, Kapitel 4), Asylbewerberleistungen (nach §§ 2 und 3 AsylbLG), Kinderzuschlag, Wohngeld
- Geschwisterkind-Regelung**  
 1. Kind = voller Beitrag  
 2. Kind = Beitragsfreiheit in allen Betreuungsformen. Ergeben sich für Geschwisterkinder unterschiedlich hohe Beiträge, ist der entsprechend höhere Beitrag zu zahlen.
- Pflegekinder und Kinder im Leistungsbezug der Hilfen zur Erziehung**  
 Für Pflegekinder und Kinder, die im Leistungsbezug der Hilfen zur Erziehung stehen, ist kein Elternbeitrag zu zahlen.
- Betreuung von mehr als 45 Stunden / Woche**  
 Die Betreuung eines Kindes von mehr als 45 Stunden pro Woche stellt ein Zusatzangebot außerhalb der Regelungen nach dem Kinderbildungsgesetz dar. Dieses Zusatzangebot wird pauschal mit plus 50 EUR über alle Einkommensstufen und Angebotsformen belegt.

## Bekanntmachungsanordnung

Die vom Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf am 06.02.2025 beschlossene „Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in Tagespflege und im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich (OGS) vom 09.07.2012 in der Fassung vom 21. Oktober 2021“ wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung NRW beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung (öffentliche Bekanntmachung) nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

1. eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
2. diese „Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in Tagespflege und im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich (OGS) vom 09.07.2012“ ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
3. der Oberbürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
4. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Düsseldorf vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Düsseldorf, den 07.02.2025

Dr. Stephan Keller  
Oberbürgermeister

**Bekanntmachungen durch Bereitstellung auf der städtischen Internetpräsenz gemäß § 9 der Hauptsatzung**

**8 / 1 Tagesordnung Rat**

veröffentlicht am 18. Februar 2025

<https://www.duesseldorf.de/bekanntmachungen.html#c177341>

## Öffentliche Sitzungen

### Bezirksvertretung 5

Dienstag, 25. Februar, 17 Uhr  
Kaiserswerther Rathaus, Kaiserswerther Markt 23, Sitzungssaal  
Schriftführer: Günter Gläser,  
Tel: 89-93019

### Bezirksvertretung 7

Dienstag, 25. Februar, 17 Uhr  
Rathaus Gerresheim, Neusser Tor 12, Sitzungssaal, Erdgeschoss  
Schriftführer: Robert Siemes,  
Tel: 89-93059

### Bezirksvertretung 10

Dienstag, 25. Februar, 17 Uhr  
Sitzungssaal im Kulturhaus Süd/  
Freizeitstätte Garath, Fritz-Erler-Straße 21  
Schriftführerin: Regina Henning,  
Tel: 89-97127

### Ratssitzung

Mittwoch, 26. Februar, 14 Uhr  
Rathaus, Plenarsaal, Marktplatz 2, 1. Etage  
Schriftführerin: Simone Schmitt,  
Tel: 89-95609



Landeshauptstadt Düsseldorf  
Der Oberbürgermeister

„Düsseldorfer Amtsblatt“ – Offizielles  
Amtsblatt der Landeshauptstadt Düsseldorf

### Herausgeber:

Der Oberbürgermeister,  
Amt für Kommunikation Marktplatz 2,  
40213 Düsseldorf

### Verantwortlich: Nils Mertens

**Redaktion und Anzeigen:** Markus Schülke  
Telefon 89-93135, Fax: 89-94179  
[amtsblatt@duesseldorf.de](mailto:amtsblatt@duesseldorf.de);  
Internet: [www.duesseldorf.de](http://www.duesseldorf.de)

### Druck und Vertrieb:

Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH  
Zülpicher Str. 10, 40196 Düsseldorf  
**Produktmanagement:** Petra Forscheln

Das Amtsblatt kann auch abonniert werden.  
Bezugspreis jährlich 39,60 Euro.  
Der Versand erfolgt als PDF-Datei per E-Mail.  
Rückfragen zum Abonnement: 0211 505-2911,  
[kundenservice@rbzv.de](mailto:kundenservice@rbzv.de)

[www.duesseldorf.de](http://www.duesseldorf.de)

## Veröffentlichung der Bodenrichtwerte gemäß § 196 Absatz 3 Baugesetzbuch

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in der Landeshauptstadt Düsseldorf hat die Bodenrichtwerte, Immobilienrichtwerte und sonstige für die Wertermittlung erforderlichen Daten zum 01.01.2025 beschlossen. Sie werden hiermit veröffentlicht.

Schriftliche Richtwertauskünfte können bei der Geschäftsstelle per E-Mail gegen eine Gebühr von 54 EUR beantragt werden.

Die Boden- und die Immobilienrichtwertkarte sind im Vermessungs- und Katasteramt Düsseldorf, Brinckmannstraße 5 und unter <https://geoshop.duesseldorf.de/produkte/richtwertkarten.html>, für jeweils 54 EUR erhältlich.

**Gutachterausschuss für Grundstückswerte  
Brinckmannstraße 5  
40225 Düsseldorf**

Telefon: (0211) 89. 95044

E-Mail: [gutachterausschuss@duesseldorf.de](mailto:gutachterausschuss@duesseldorf.de)

Internet:

<https://gutachterausschuss.duesseldorf.de>

Die nachfolgende Bekanntmachung ist am 21. Februar 2025 auch durch Bereitstellung auf der städtischen Internetseite unter <https://www.duesseldorf.de/bekanntmachungen.html#c177342> öffentlich bekannt gemacht worden. Sie wird hier gem. § 9 der Hauptsatzung bekannt gemacht.

## Bekanntmachung des Kreiswahlleiters Sitzung des Kreiswahlausschusses für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025

Am Freitag den 28. Februar 2025, um 9 Uhr findet im Stadtfenster in der Zentralbibliothek, Konrad-Adenauer-Platz 1, Düsseldorf eine Sitzung des Kreiswahlausschusses für die Bundestagswahl am 23. Februar 2025 statt.

Für die Sitzung ist folgende Tagesordnung festgelegt:

1. Feststellung der Anwesenheit und gegebenenfalls Verpflichtung erstmalig anwesender Beisitzer\*innen

2. Feststellung des amtlichen Endergebnisses für den Bundestagswahlkreis 105 Düsseldorf I

3. Feststellung des amtlichen Endergebnisses für den Bundestagswahlkreis 106 Düsseldorf II

4. Verschiedenes

Die Sitzung des Ausschusses ist öffentlich. Es hat jedermann Zutritt.

Die Bekanntmachung erfolgt gemäß § 5 Absatz 3 Bundeswahlordnung in Verbindung mit § 86 Absatz 3 Bundeswahlordnung.

Düsseldorf, den 12. Februar 2025

Christian Zaum  
Kreiswahlleiter

Die nachfolgende Bekanntmachung ist am 22. Februar 2025 auch durch Bereitstellung auf der städtischen Internetseite unter <https://www.duesseldorf.de/bekanntmachungen.html#c177343> öffentlich bekannt gemacht worden. Sie wird hier gem. § 9 der Hauptsatzung bekannt gemacht.

## Bekanntmachung des Jahresabschlusses der Stadt Düsseldorf zum 31. Dezember 2023

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf hat in seiner Sitzung am 12.12.2024 den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 gemäß § 96 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW festgestellt und den Oberbürgermeister entlastet.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 294.148.161,63 Euro wird der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Der vollständige Jahresabschluss inklusive Lagebericht kann gemäß § 96 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses auf der Internetseite der Landeshauptstadt Düsseldorf [www.duesseldorf.de/finanzen/jahresabschluesse](http://www.duesseldorf.de/finanzen/jahresabschluesse) eingesehen werden.

Der Jahresabschluss wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss uneingeschränkt bestätigt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen **dieses Jahresabschlusses** nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung (öffentliche Bekanntmachung) nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

1. eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
2. **dieser Jahresabschluss** ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

3. der Oberbürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder

4. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Düsseldorf vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Düsseldorf, den 30.01.2025

Dr. Stephan Keller  
Oberbürgermeister

### Die nachfolgend aufgeführten, von der Feuerwehr ausgestellten Dienstausweise sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt:

Name	Ausweisnummer	ausgestellt am
Busek, Lukas	0733/20	18.03.2020
Jachmann, Stefan	0880/20	19.03.2020
Langendorf, Simon	0933/20	19.03.2020
Pohle, Julian	0041/22	09.03.2022
Remmert, Kai	0352/20	18.03.2020
Sauppe, Rüdiger	0779/20	18.03.2020
Stoffers, Lothar	0485/20	17.03.2020
Windheuser, Dirk	0264/20	17.03.2020

## Öffentliche Zustellungen

### – Ordnungsamt –

des Bescheides 5329 0005 0529 5482 SB 02 vom 25.11.2024 an Anas Salloum, Schererstraße 5, 13347 Berlin

des Bescheides 5327 0005 2644 6432 SB 02 vom 13.01.2025 an Mikal Hindal, Stolsmyrvegen 47, 5542 Karmsund, Norwegen

des Bescheides 5327 0005 2623 0596 SB 08 vom 15.01.2025 an Loic Duvalier, Rue St. Pierre 37, 57000 Metz, Frankreich

des Bescheides 5327 0005 2672 5560 SB 09 vom 10.01.2025 an Gabriel Lita, Rue Albert Sauvage 26, 59140 Dunkerque, Frankreich

des Bescheides 5327 0005 2620 8981 SB 12 vom 09.01.2025 an Anatole Romain Gilbert, Rue Parent de Rosan 35, 75015 Paris, Frankreich

des Bescheides 5327 0005 2637 4776 SB 13 vom 13.01.2025 an Rajendram Sandanam, Avenue Paul Vaillant Coutourier 39, 93120 La Courneuve, Frankreich

des Bescheides 5327 0005 2637 5314 SB 14 vom 08.01.2025 an Erik Garther, Hogtbrinkerweg 45, 3871 UM Hoevelaken, Niederlande

des Bescheides 5329 0005 0536 7637 SB 57 vom 30.01.2025 an Laura Ejupi, Lichtenbroicher Weg 15, 40472 Düsseldorf

des Bescheides 5327 0005 2655 5819 SB 59 vom 05.02.2025 an Vali-Adrian Onea, Stolberger Straße 378, 50933 Köln

des Bescheides 5327 0005 2664 4323 SB 04 vom 13.01.2025 an Patrick Joseph Carroll, 82 Logna Gcapall 5th circular road, V94c2H3 Limerick, Irland

des Bescheides 5327 0005 2664 3980 SB 04 vom 09.01.2025 an Kerim Cetin, Kerkplein 18/1, 4665 AS, Belgien

des Bescheides 5327 0005 2673 7135 SB 07 vom 17.01.2025 an Johannes Franciscus Adrianus Gerardus van Baars, Nuijeneind 24t40, 5761 RG Bakel, Niederlande

des Bescheides 5327 0005 2664 3726 SB 07 vom 13.01.2025 an Zsolt Helmeczy, Szegely Utca 10, 2120 Dunakeszi, Ungarn

des Bescheides 5327 0005 2671 1454 SB 07 vom 30.01.2025 an Gian Grotwahl Badenhorst, Hochstraße 86, 41372 Niederkrüchten

des Bescheides 5329 0005 0532 0428 SB 15 vom 09.01.2025 an Ilias Boujatoui, Brachtstraße 15, 40223 Düsseldorf

des Bescheides 5327 0005 2628 4971 SB 55 vom 07.01.2025 an Lukasz Kurbowiak, Pradzynskiego 119/1, 58-105 Swidnica, Polen

des Bescheides 5327 0005 2660 7495 SB 57 vom 02.01.2025 an Vincenzo Soligno, Vico Barro 26, 80133 Napoli, Italien

des Bescheides 5327 0005 2677 7625 SB 59 vom 10.01.2025 an Mateusz Grudziecki, 7 ul. Wolczynska 14, 01-908 Warszawa, Polen

des Bescheides 5327 0005 2676 5244 SB 62 vom 09.01.2025 an Johannes Sijmon van der Wal, Lutsborgsweg 5, 9752 VS Haren GN, Niederlande

des Bescheides 5328 0006 2146 7262 SB 63 vom 03.01.2025 an Ramon La Torre, Calle Del Senado 1, 28905 Madrid, Spanien

des Bescheides 5327 0005 2655 0540 SB 121 vom 06.01.2025 an Lourenca Rosa, Rua Edif Veda DTO 2, 1950 Lissabon, Portugal

des Bescheides 5327 0005 2636 5050 SB 116 vom 17.01.2025 an Jonas Ibrahim Thiemer El-Abd, Sonderas 11a, 4200 Slagelse, Dänemark

des Bescheides 5327 0005 2384 5743 SB 119 vom 02.01.2025 an Janos Kövatch, Kalthofstraße 18, 45891 Gelsenkirchen

des Bescheides 5329 0005 0525 4573 SB 116 vom 09.01.2025 an Arien Galdikhani, Nordwall 50, 47798 Krefeld

des Bescheides 5329 0005 0513 9375 SB 122 vom 15.01.2025 an Mehmet Sinan Yildirim, Vlodowskaya 71B, 50-001 Wroclaw, Polen

des Bescheides 5327 0005 2681 3273 SB 116 vom 22.01.2025 an Tygo Hamelink, Tulpappel 2, 1731 WP Winkel, Niederlande

des Bescheides 5327 0005 2644 3980 SB 112 vom 07.01.2025 an Ilias Bouhjar, Sophienstraße 7, 40597 Düsseldorf

des Bescheides 5327 0005 2678 1347 SB 02 vom 15.01.2025 an Ahmad Aziza, Ruysdaelstraat 1d, 3141 HL Maassluis, Niederlande

des Bescheides 5327 0005 2639 9140 SB 09 vom 13.02.2025 an Fabio Picciallo, Klarastraße 33, 45130 Essen

*Die Bescheide können beim Ordnungsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf, Erkrather Straße 3, 40233 Düsseldorf, eingesehen bzw. in Empfang genommen werden.*

*Mit der öffentlichen Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.*

### Jugendamt

#### – Unterhaltsvorschussstelle –

des Bescheides vom 17.01.2025 zum Aktenzeichen 51/67-UV-019467-5890 an Herrn Denis Karimani, letzte bekannte Anschrift: Heyestraße 152, 40625 Düsseldorf.

der Rechtswahrungsanzeige gemäß § 7 Abs. 2 UVG vom 13.02.2025 zum Aktenzeichen 51/67-UV-036748-5880 an Herrn Rijkaard Oppong, letzte bekannte Anschrift: Teichstr. 45, 47179 Duisburg.

*Die Schriftstücke können beim Jugendamt – Unterhaltsvorschussstelle –, Willi-Becker-Allee 10, 40227 Düsseldorf, Zimmer 301 eingesehen bzw. in Empfang genommen werden.*

*Das Schriftstück gilt zwei Wochen nach Bekanntmachung dieser Benachrichtigung als zugestellt. Mit der öffentlichen Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.*

### Amt für Migration und Integration

#### – Abt. Ausländerbehörde –

Anhörungsschreiben vom 06.02.2025, Aktenzeichen 54/323-861542-ANH9/25-vosk an den marokkanischen Staatsangehörigen Ilyas KISTAS, \* 20.05.2001, ohne festen Wohnsitz.

*Das Anhörungsschreiben kann beim Amt für Migration und Integration, Abteilung Ausländerbehörde 54/32, Erkrather Straße 377-389, 40231 Düsseldorf, eingesehen, bzw. in Empfang genommen werden.*

*Mit der öffentlichen Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.*

**Düsselferien 2025**

# Schon was Cooles vor im Sommer?

**Düsseldorf  
Nähe trifft Freiheit**

**Weitere Informationen zum  
Ferienprogramm für Kinder  
und Jugendliche unter:**

**[www.duesselferien.de](http://www.duesselferien.de)**

© iStock/FaCamera



Landeshauptstadt Düsseldorf  
Amt für Soziales und Jugend

